

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Matthias Nölke, Oliver Luksic, Frank Sitta, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/25273 –**

Auswirkungen der Proteste im Dannenröder Forst gegen die Autobahn 49

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Lage um den Weiterbau der Autobahn 49 (A 49) in Mittelhessen hat sich nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller zuletzt dramatisch zuspitzt (siehe auch <https://www.hessenschau.de/politik/a49-gegner-rechnen-mit-eskalation-im-dannenroeder-forst,rodungen-a49-ausbau-100.html>, http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-782383~_parentId=ondemand100.html). Demonstranten verbarrikierten sich rund um den Dannenröder Forst, um eine Rodung des Waldes und den Weiterbau der A 49 zu stoppen. Dabei schreckten die Demonstranten bisher auch nicht vor Sachbeschädigung und Körperverletzung zurück. Die Räumung des Protestcamps im Dannenröder Forst hat am 10. November 2020 begonnen (<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-11/a49-ausbau-protest-autobahn-hessen-polizei>). Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet waren im Einsatz. Zuvor gab es bereits weitere Räumungen in dem Waldgebiet. Fraglich ist, welche wirtschaftlichen und personellen Schäden durch die Proteste rund um den Dannenröder Forst entstanden sind.

1. Wie viele Demonstranten haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung zu Spitzenzeiten des Protests gegen den Weiterbau der A 49 gleichzeitig im Camp Dannenröder Forst befunden?

Die parlamentarische Kontrolle über den Polizeieinsatz im Dannenröder Forst liegt im Hessischen Landtag. Die Bundesregierung nimmt zu Polizeieinsätzen der Länder keine Stellung.

2. Wie viele verschiedene Demonstranten gegen den Weiterbau der A 49 haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung insgesamt im Camp Dannenröder Forst befunden?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

3. Wie viele Polizisten waren nach Kenntnis der Bundesregierung bei Einsätzen rund um den Ausbau der A 49 im Einsatz, aus welchen Bundesländern stammten diese, und waren auch Bundespolizisten im Einsatz (bitte aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegt keine detailgenaue Anzahl der im Einsatz befundenen Polizisten aus den Bundesländern im Sinne der Fragestellung vor. Im Verlauf des Einsatzes wurde die hessische Landespolizei durch alle Bundesländer in verschiedenem Umfang unterstützt.

Die Bundespolizei setzte zur Bewältigung der Einsatzlagen anlässlich des Weiterbaus der A49 in der Zeit vom 1. Oktober 2020 bis zum 8. Dezember 2020 7.234 Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte (PVB) der Bundespolizei zur Unterstützung der hessischen Landespolizei im Dannenröder Forst ein. Vom 8. bis 21. Dezember 2020 war täglich eine Wasserwerferstaffel in einer Stärke von 20 bis 25 PVB im Einsatz. Seit dem 22. Dezember 2020 hat die Bundespolizei die Unterstützung beendet.

4. Wie viel hat nach Kenntnis der Bundesregierung der Polizeieinsatz rund um die Proteste gegen die A 49 bisher insgesamt gekostet?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zu Kosten des Polizeieinsatzes für die Bundesländer vor.

Die mit der Unterstützung der hessischen Landespolizei verbundenen einsatzbedingten Mehrkosten wurden gemäß § 11 IV Satz 3 des Bundespolizeigesetzes fortlaufend ggü. dem Land Hessen geltend gemacht und belaufen sich auf rund rd. eine Million Euro.

5. Welcher finanzielle Schaden ist nach Kenntnis der Bundesregierung den im Dannenröder Forst arbeitenden Firmen durch die Demonstrationen gegen die A 49 entstanden (bitte nach beschädigtem Objekttyp und Schadensgrund aufschlüsseln)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Anspruchsgegner von deliktischen Schadensersatzansprüchen ist der jeweilige Verursacher.

6. Wie viele Arbeiter der im Dannenröder Forst arbeitenden Unternehmen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung durch Demonstranten gegen die A 49 verletzt?
7. Wie viele Angriffe durch A-49-Gegner wurden nach Kenntnis der Bundesregierung insgesamt auf Arbeiter der im Dannenröder Forst arbeitenden Unternehmen verübt?
8. Wie viele Personen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung während der Demonstrationen gegen die A 49 festgenommen?
9. Wie viele Personalien wurden nach Kenntnis der Bundesregierung aufgenommen?
10. Welche Straftaten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung während der Demonstrationen gegen die A 49 verübt?

Die Fragen 6 bis 10 werden gemeinsam beantwortet.

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

11. Aus welchem Bundesland bzw. Landkreis stammen nach Kenntnis der Bundesregierung die festgenommenen Demonstranten?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

12. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung bei den festgestellten Personalien Übereinstimmungen zu den Demonstranten im Hambacher Forst im Mai/Juni 2020, und wenn ja, wie viele?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

13. Haben die Proteste gegen den Weiterbau der A 49 die Fertigstellung des Projekts verzögert, und wenn ja, um wie viele Tage, und welche Projekttaspekte wurden konkret durch die Proteste beeinträchtigt?

Nein.

14. Wann soll nach aktueller Kenntnis der Bundesregierung der Weiterbau der A 49 fertiggestellt werden, und wann war die Fertigstellung bei Baubeginn vorgesehen?

Die Fertigstellung ist nach wie vor im Jahr 2024 vorgesehen.

15. Welche Abschnitte des Projekts sind aktuell für den Weiterbau der A 49 im Bau?

Für den Weiterbau der A49 sind aktuell folgende Abschnitte im Bau:

AS Neuental bis AS Schwalmstadt, ca. 11,78 km (konventionelle Realisierung)

AS Schwalmstadt bis AS Stadtallendorf-Nord, ca. 13,34 km (ÖPP)

AS Stadtallendorf-Nord bis Ohmtal-Dreieck, ca. 17,45 km (ÖPP)

16. Wie hoch belaufen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die finanziellen Schäden durch
 - a) eine Verzögerung beim Weiterbau der A 49,

Auf die Antworten zu den Fragen 13 und 14 wird verwiesen

- b) die Abseilaktionen der Demonstranten an Autobahnbrücken?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

17. Welche Auswirkungen sind nach Kenntnis der Bundesregierung durch Sperrungen, Demonstrationen und andere Beeinträchtigungen rund um den Weiterbau der A 49 entstanden, insbesondere im Hinblick auf wirtschaftliche Schäden, Zeitverzögerungen und Verkehrsunfälle (bitte aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

